

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herrn. H. Jäger, Hofflieferant,
Dr. Gerber u. Breitefzr.-Ecke,
Herrn. Rieck, in Firma
J. Lermann, Wilhelmstraße 8.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Nr. 125

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal.
Das Abonnement beträgt vierterl-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganj Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Buchhändler des deutschen Reiches an.

Reinundneunzigster Jahrgang.

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
zu Posen, Hasenstein & Vogel A.
G. L. Danke & Co., Juchsdorf
Berantwortlich für den
Inseratenherrn:
J. Klugkist
in Posen.

Freitag, 19. Februar.

1892

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung vom 18. Februar, 2 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

An Stelle des Abg. Kochmann wird Abg. Prinz v. Arenberg (Btr.) durch Zuruf in die Reichsschuldenkommission gewählt.

Darauf wird die zweite Berathung des Militäretats fortgesetzt.

Im Kapitel 24, (Geldverpflegung der Truppen) Titel 7 (Mannschaften) sind die laufenden Etatsansätze für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes um 556 343 M. erhöht worden, um künftig außer den besonderen Übungsklassen (Offizier-Aspiranten, ehemalige Einjährig-Freiwillige, Volkschullehrer u. i. w.) durchschnittlich jeden Mann im Reserve- und Landwehrverhältnis zu einer Übung von 14 tägiger Dauer heranzuziehen können.

Die Kommission beantragt, 55 377 M. zu streichen und statt 60 164 284 M. nur 59 607 940 M. zu bewilligen.

Ein Antrag Richter will dagegen die ganze mehr geforderte Summe von 795 345 M. streichen.

Abg. Richter: Es wird jetzt zum ersten Male eine erhebliche Mehrforderung, eine Ausdehnung der Übungen des Beurlaubtenstandes gegen den bisherigen Umfang um 83 Prozent verlangt. Um 53 Prozent sollen mehr Mannschaften herangezogen werden und auch die durchschnittliche Übungsdauer für den einzelnen Mann soll sich um 3 Tage erhöhen. Diese starke Erweiterung der Übungen halte ich in diesem Etat nicht für gerechtfertigt. Die Verordnung auf das Kriegsdienstgesetz von 1867, welches ein höheres Maximum gestattet, trifft nicht zu, da es nicht die Absicht des Gesetzes war, eine gewisse Norm für den Umfang der Übungen hinzustellen, sondern nur das äußerste Maximum zu bezeichnen, bis zu welchem man in ganz besonderen Ausnahmefällen gehen könnte.

Die Ausdehnung der Übungen wird hier gewissermaßen als eine dauernde organische Einrichtung verlangt. Wenn bisher die Verkürzung der Dienstzeit in Frage kam, hat man eine verstärkte Ausbildung der Reserve gefordert. Im Zusammenhang mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit kann man darüber eher reden als hier, wo die Frage isolirt dastehet. Man darf sich nicht einsetzen immer auf eine neue Belastung der Militärschafft einlassen, ohne daß wir dem Ziel der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, einer Entlastung auf der anderen Seite näher kommen. Namentlich scheint es mir nicht richtig, jetzt in dieser Weise vorzugehen, nachdem der Reichskanzler eine Militärvorlage von organischer Bedeutung für die nächste Session angekündigt hat. Wenn es sich da wirklich um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit handeln sollte, dann könne man insgesamt in Betracht ziehen, inwieweit eine erweiterte Übung des Beurlaubtenstandes angezeigt erscheint, bei einer Verkürzung der alten Dienstzeit überhaupt.

Aber selbst wenn man ohne Rücksicht auf die allgemeine Dienstzeit die Heranziehung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu einer 14-tägigen Übung für richtig hielte, so wäre es doch nicht gerechtfertigt, gerade in diesem Jahre mit der Einziehung in solchem Umfang den Anfang zu machen, nachdem wir im Vorjahr erst 14 Millionen außerordentlich zu Übungen des Beurlaubtenstandes bewilligt haben und darauf sämtliche Beurlaubte zu einer 12-tägigen Übung zwecks Einübung mit der neuen Waffe herangezogen sind. Es würde also ein großer Theil derselben Leute jetzt wieder einzogen werden. Dazu kommen noch die besonderen Verhältnisse dieses Jahres, die Steigerung des Militäretats in Folge der höheren Naturalienpreise, die große Belastung der Reichsfinanzen in diesem Jahre und endlich auch die allgemeinen Erwerbsverhältnisse, die geringeren Arbeitsgelegenheiten, welche es Demand, der außer Arbeit kommt, besonders schwer machen, wieder Stellung zu bekommen. Aus diesen Gründen werden wir der Mehrforderung nicht zustimmen.

Generalmajor v. Gaede: Der Etatsansatz für Einziehung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes ist seit 1877/78 derselbe geblieben. Inzwischen ist aber die Präsenz größer geworden, bei allen Waffengängen sind erhebliche Änderungen eingetreten, die eine bessere Ausbildung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu einer dringenden Pflicht machen. Seit 1888 sind auch ganz andere Formationen der Armee eingetreten. Die besonderen Einziehungen der letzten Jahre haben sich auf die Infanterie und die Jäger befränkt; sie hatten zum Zwecke die Ausbildung mit dem Gewehr und dauerten nur 10 Tage. In dieser kurzen Zeit konnten die Landwehrleute nur die mechanische Handhabung des neuen Gewehres kennen lernen, während die Hauptfahrt doch ist, daß man das Gewehr auch im Gefecht im Zusammenhang mit der ganzen taktischen Ausbildung kennen lernen müßt. Diese Übungen haben also nur in geringem Maße die bisher vorhandenen Lücken des Beurlaubtenstandes ausfüllen können. Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes haben sich bei den letzten Manövern sonst in der musterhaftesten Weise gezeigt, nur eine gewisse Schwierigkeit ist hervorgetreten, die ihren Grund hat in der geringen Zahl der Übungen. Wir müssen jetzt feste Grundläufe ausschaffen für das Minimum des Beurlaubtenstandes. Etwaige Übungspläne haben wir hierbei aber gar nicht im Auge. Wir müssen aber unsere Landwehrleute in den Stand setzen, den ganzen Dienst kennen zu lernen.

Abg. v. Schöning (L.) wünscht eine spätere Einziehung der Reserve II. Klasse, da Mitte August die Erntearbeiten Arbeiter verlangen.

Generalmajor v. Funck sagt eine Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. Richter: Die Ausführungen des Gen.-Majors Gaede beweisen zu viel, also nichts; nach ihm müßte überhaupt die gesetzliche Maximalübungspflicht eingehalten werden, um die Mannschaften des Beurlaubtenstandes kriegstüchtig zu machen. Man muß doch berücksichtigen, daß in diesem Jahre auch das Extraordinarium ganz besonders hoch ist. Eine Konsequenz des Militärdienstgesetzes von 1888 ist die jetzige Forderung nicht, denn damals

wurde ausdrücklich konstatiert, daß eine Erhöhung der Dienstbelastung nicht die Folge des Gesetzes sein solle. Indessen haben wir ja gewisse Konsequenzen für den Frieden gezogen, indem seit 1888 für die Einjährig-Freiwilligen die Maximalübungspflicht tatsächlich zur Geltung gekommen ist. Es ist auch kein Argument, daß die Mannschaften so lange ungeübt zu Hause gewesen wären. Wenn sich 2 Übungen auf eine längere Zeit von Jahren vertheilen, so ist das für den Betreffenden viel exträglicher, als wenn er zweimal in einer kurzen Zeit aus seinen bürgerlichen Verhältnissen herausgerissen wird. Die Militärverwaltung ist sehr rasch bei der Hand, wenn Gründe für neue Belastungen vorliegen, daraus die militärischen Konsequenzen zu ziehen. Um so bedauerlicher ist es, daß sie sich nicht entschließt, auch eine wirkliche Entlastung herbei zu führen, die in der zweijährigen Dienstzeit liegt. Wir können keine großen Mehrbelastungen bewilligen, ohne daß endlich einmal diese wichtige Frage zur Erledigung gelangt. (Beifall llns.)

Hierauf wird der Antrag Richter abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen. Ebenso wird der Rest des Kapitels nach dem Kommissionsantrage bewilligt, indem in dem Titel „Selbstbewirtschaftungsfonds“ 4359 M. abgezehzt werden.

Im Kapitel „Naturalverpflegung“ werden nach dem Kommissionsantrage von der Forderung für Brot und Tourageverpflegung 25 315 M. und von der Forderung für Vitualenverpflegung 23 733 M. diskussionslos abgesetzt.

Beim Kapitel „Kleidung und Ausrüstung der Truppen“ fragt

Abg. Schmidt-Ellerfeld (df.) an, welche Erfahrungen die Militärverwaltung mit der Herstellung der Bekleidung der Truppen in Gefangenissen gemacht habe. Das deutsche Gewerbe werde durch die Gefangenarbeit ohnehin geschädigt, und bedauerlich wäre es, wenn noch schlechte Arbeit geleistet werde, da das deutsche Gewerbe dann durch die Gefangenarbeit wieder zu dem „Billig und schlecht“ zurückkehre. Wenn Gewehre und Geschosse in eigenen Fabriken der Militärverwaltung gemacht würden, dann könne man ja nichts dagegen haben. Aber auch z. B. in der Fabrikation von Stoffen, welche bisher in Solingen 670 Arbeiter ernährt hätte, werde dem freien Gewerbe Konkurrenz gemacht.

Generalmajor v. Funck erwidert, daß in den Gefangenissen namentlich Schneiderarbeiten angefertigt würden. Mit der eigenen Fabrikation von Stoffen habe das dritte Armeekorps einen Versuch gemacht, weil die Solinger Fabrikanten ungenaue und unsaubere Arbeit bei hohen Preisen geleistet hätten. Bedenfalls würde bei dem Übergang sehr schaden gemacht.

Abg. Biehl (Btr.) schließt sich der Anregung des Abg. Schmidt an und wünscht die Beseitigung der Defonnierearbeiter, da dieselben absolut unmöglich seien und dem freien Gewerbe eine große Konkurrenz machen.

Generalmajor v. Funck erklärt es für unmöglich, die Defonnierearbeitsstätten ganz zu beseitigen, da für den Krieg ein fester Stamm geübter Defonnierehandwerker von der größten Wichtigkeit sei.

Abg. Richter (df.) tritt dem Abg. Biehl bei, die Einrichtung der Defonnierehandwerker ist schon finanziell nicht vortheilhaft. Andererseits wird durch die Einrichtung der Defonnierearbeitsstätten das Handwerk namentlich einige Zweige desselben ganz besonders belastet, indem Handwerker als Defonnierehandwerker herangezogen werden in weit größerer Zahl, als es sonst der Fall wäre, und volle 3 Jahre dienen müssen. Dazu kommt, daß dieselben während der Dienstzeit nichts für ihren Beruf lernen. Das Bestreben der Militärverwaltung, die Zahl der Defonnierehandwerker zu verringern, erkenne ich an. Die Militärverwaltung scheint ja heute auf dem Standpunkt zu stehen, daß sie Defonnierehandwerker für Friedenszeiten überhaupt nicht braucht. Ebenso wenig aber ist es nötig, die Defonnierehandwerksstätten für den Kriegsbedarf beizubehalten. Stiefel und Röcke machen lernt man doch nicht allein beim Militär (Heiterkeit) und es gehört doch nicht eine besondere Ausbildung der Militärschneider und Schuhmacher dazu, wie z. B. die der Militärärzte. Wenn man sich im Frieden mehr daran gewöhne, regelmäßige Lieferungen fertiger Sachen zu vergeben, so würde man auch im Kriege in den Militärverwaltungen über geeignete Lieferanten, von denen man unsolide Lieferungen nicht zu befürchten braucht, verfügen.

Abg. v. Trege (L.) hält die Beibehaltung der Defonnierearbeitsstätten auch im Frieden für nothwendig, ist aber auch mit einer Verminderung der Zahl der Defonnierehandwerker einverstanden, damit nicht hier noch künstlich die bestehende Überproduktion vermehrt wird. Es müsse der Stamm bei der Truppe bleiben, der geblieben sei, um in den Krieg mitzugehen.

Abg. Hinze (df.) macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß die Defonnierehandwerker überhaupt nicht in den Krieg mitziehen. Redner regt eine Annäherung an das System in Österreich an, wo großen Lieferungsverbänden die gesammten Besorgungen anvertraut werden.

Abg. Osann (nl.) tritt besonders einer Privatbeschäftigung der Defonnierehandwerker außerhalb des Dienstes entgegen, unter Hinweis auf die daraus erwachsende ungerechte Konkurrenz für das freie Handwerk. Redner findet namentlich bedenklich die Zuweisungen von Arbeiten für Einjährig-Freiwillige an Militärschneider durch Unteroffiziere, Feldwebel u. i. w., wofür diese Vorgesetzten dann vielfach hohe Provisionen bezahlen.

Generalmajor v. Funck erklärt, daß eine Verringerung der Defonnierehandwerker jetzt noch nicht angängig sei, so sehr man sie auch wünsche; die unbedingte Zuverlässigkeit der Defonnierehandwerker sei nicht leicht zu erreichen. Gegen die Privatbeschäftigung der Defonnierehandwerker sei schon Vorsorge getroffen durch Verhinderung auf Arbeiten für Militärangehörige.

Abg. Schmidt (Elberfeld) bemängelt es an der Gefangenarbeit besonders, daß die Gefangenen dort vielfach mit Arbeitern beschäftigt würden, die sie dort erst lernen müßten, und in Folge dessen vielfach eine pfuscherhafte Arbeit liefern müßten.

Hierauf wird das Kapitel nach dem Kommissions-Antrag (mit Abstichen von zusammen 27 662 M.) bewilligt, ebenso

Inserate, die schmal gespannte Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

das Kap. „Garnisons- und Servisewesen“ mit einem Abstrich von 14 240 M.

Beim Kap. „Militär-Medizinawesen“ fragt Abg. Endemann (nl.) unter Hinweis auf die bekannte Billroth'sche Rede an, was die Militärverwaltung thun werde, um den jetzt größeren Anforderungen für die Fortschaffung der Verwundeten aus dem Gesetz zu genügen. Denn die Zahl der Verwundeten werde in Folge der Verbesserung der Feuerwaffen eine ganz enorme werden. Die ungeheure Tragweite der Gewehre erfordere eine möglichst weite Fortschaffung der Verwundeten vom Schlachtfelde. Redner empfiehlt im Anschluß an die Billroth'sche Rede dafür die Benutzung von Wagen und die Verwendung freiwilliger Krankenpfleger, deren Ausbildung der Staat in die Hand nehmen müsse.

Generalmajor Gade: Die Frage der Fortschaffung der Verwundeten, die von Prof. Billroth angeregt worden ist, hat eine große Aufmerksamkeit hervorgerufen. Seine Vorschläge haben natürlich auch die Aufmerksamkeit der Militärverwaltung auf sich gelenkt. Es ist wahr, daß wir jetzt größere Menschenmassen im Gefecht haben werden, und daß die Leistungsfähigkeit der Gewehre, ihre Durchschlagsfähigkeit außerordentlich gestiegen ist, und daß das rauhreiche Pulver sicherer Schuß gestattet. Wir werden viel mehr Verwundete haben. Aber die Wirkung der Geschosse ist humarer, als man glauben könnte, weil sie glatt durchgehen, während sie früher leicht zerplatzen oder sich platt drücken. Es werden also nicht mehr Schwerverwundete sein als früher. Jeder Mann trägt ein Verbandpäckchen mit sich, sodann haben wir bei jeder Truppe eine Anzahl Mannschaften, die schon im Frieden zur Krankenpflege ausgebildet sind. Sodann haben wir Sanitätsdetachements. Jedes Detachement besteht aus 7 Arzten, 8 Wagen, 120 Tragbahnen und kann in zwei Theile getheilt werden. Die ins Feuer kommenden Mannschaften bringen gleich die Detachements mit, so daß eine schnelle Hilfe möglich ist. Es kommt natürlich darauf an, daß unsere Sanitätsoffiziere richtig diszipliniert und die geeigneten Verbandplätze auswählen. Endlich kommen zu den Maßregeln noch die Feldlazarette hinzu, die mit Hilfe von Zelten eingerichtet werden sollen und von denen jedes aus 200 Betten besteht. 1870/71 haben wir an Verwundeten 14,8 Prozent der gesamten Kriegsstärke gehabt. Wir können annehmen, daß jedes Armeekorps 7000 Verwundete haben wird, von denen 1/4 der Tod erleiden, während von den übrigen 2/3 Leichtverwundete und 1/8 Schwerverwundete sein werden. Dafür haben wir eine durchaus genügende Anzahl von Arzten, Lazarettgehilfen, Krankenpflegern und Wagen. Die Verwundeten werden in 6–7 Stunden zurückgeschafft sein können und zwar in eine Entfernung, in der die Wirkung des Gewehr- und Geschützfeuers sich nicht mehr bemerklich machen kann. Die Zahlen des Herrn Billroth sind nicht ganz richtig, wir sind in der Zahl der Tragbahnen und Träger viel günstiger gestellt, als er annimmt. Hoffentlich haben Sie aus meinen Ausführungen die Überzeugung gewonnen, daß die Militärverwaltung auch auf diesem Gebiet bestrebt gewesen ist, den Anforderungen der Zeit zu entsprechen. (Beifall.)

Abg. Dr. Bischow (bf.): Trotz aller Fürsorge der Militärverwaltung wird es unvermeidlich sein, in ausreichender Weise für die Verwundeten in den nächsten Kriegen zu sorgen. Selbst günstige Schlächten werden sich längere Zeit hin- und herschieben und dabei die Verwundeten gefährden. — Ich möchte fragen, ob für die Ausführung der Genfer Konvention eine volle Sicherung gegeben ist und ob nicht eine Erweiterung derselben möglich ist. Im letzten Kriege war die französische Armee noch nicht von dem Geiste der Genfer Konvention vollkommen durchdrungen. Namentlich ist es von großer Wichtigkeit, daß für einen möglichen Schuß der Verbandplätze ist noch weit schwieriger, obgleich in der neuesten Zeit große Fortschritte hierin gemacht worden sind. Wie groß im nächsten Kriege die Verluste sein werden, läßt sich natürlich nicht übersehen. Ich will zugeben, daß die Art der Verwundungen eine einfache sein wird, die eine raschere Heilung zuläßt; aber auf der anderen Seite wird die Zahl der Toten auch sehr viel größer sein. Gen.-Major Gade hat die Zahlen der Verluste im ganzen Kriege angegeben; die Verluste in einzelnen, besonders blutigen Schlachten sind aber viel größer.

Das Widerstreben der Kriegsbehörde, der Privathilfe einen großen Spielraum zu gewähren, verstehe ich. Ich glaube aber nicht, daß sie in einem künftigen Kriege ohne eine weitgehende Privathilfe auskommen können, sie wird sie gerade besonders anrufen müssen. Deshalb sollte die Militärverwaltung schon jetzt darauf Rücksicht nehmen, und nicht Alles zu sehr in bureaukratische Formen zwängen. Man soll nicht unterlassen, sich an die Mittel der großen Kreise der Bevölkerung zu wenden; dieselbe hat sich in den beiden letzten Kriegen außerordentlich segensreich bewährt und wird auch in Zukunft nicht fehlenthalten können. (Beifall.)

Generalmajor v. Gosler: Die Genfer Konvention sorgt auch für die Mannschaften, die mit den Verwundeten beschäftigt sind. Die Militärverwaltung rechnet in der That für den nächsten Krieg auf eine ausgedehnte Beteiligung der Privathilfe, und hat bereits einen besondern Organisationsplan für dieselbe aufgestellt.

Das Kapitel wird hierauf mit den von der Kommission beantragten Abstichen abgeschlossen, die wie die anderen eine Konsequenz des ersten Abstriches im Kap. „Geldverpflegung der Truppen“ sind, bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Die weitere Berathung wird auf Freitag 2 Uhr vertagt. (Aufmerksam: Vorlage betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht.)

(Schluß 5 1/2 Uhr.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 18. Februar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Eisenbahnenrats.

Bei den „Einnahmen“ berichtet

Referent Abg. Endemann über die Verhandlungen der Kommission, welche bei Titel 1 (Personen- und Gepäckverkehr) in der

Weise stattfanden, daß zunächst allgemeine Fragen, Organisation, Vorbildung der Beamten, Betriebslängen u. s. w. und sodann über die Frage der Personentarife berathen würde. Auf Vorschlag des Präsidenten soll auch im Plenum diese Berathungswise Geltung haben.

Betreffs der Vorbildung der höheren Beamten sei in der Budgetkommission von der Regierung die Erklärung abgegeben worden, daß für die technisch gebildeten Beamten die Möglichkeit einer Aufrückung in höhere Stellen erleichtert werden solle. — Die Steigerung der Betriebsausgaben habe ihren Grund in der Vermehrung der Güte, in den hohen Materialienpreisen, vor allem in der Erhöhung der Beamtengehälter.

Zu Tit. 1 liegt ein **Autrag Broemel** vor: Die lgl. Staatsregierung zu erüthen, mit der Reform der Personentarife auf den preußischen Bahnen auf Grund des im Jahre 1892 aufgestellten Planes, jedoch unter Ausschluß von Tarifhöhungen, baldmöglichst vorzugehen.

Eisenbahminister **Thielen** dankt für die sachgemäße Prüfung des Eisenbahnnetzes seitens der Budgetkommission, die ihm die Überzeugung gewähre, daß eine Verständigung der Eisenbahnverwaltung mit der Volksvertretung auch späterhin möglich sein werde. Wir befinden uns in einer Periode der Betriebsminderüberschüsse und müssen daher sparsam wirtschaften, und von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich auch die Arbeitsbevölkerungen zu beruhigen. Ich hoffe, daß Sie mich in diesem Bestreben unterstützen werden. Der Abschluß des Monats Januar ist kein günstiger; er ergiebt ein Plus bei dem Personenverkehr von 1 242 000 Mtl., dagegen bei dem Güterverkehr ein Minus von 857 000 Mtl. Dieses Minus liegt darin, daß der milde Winter einen Minderbedarf an Kohlen zur Folge hatte und in Folge der neuen Handelsverträge mit der Verbindung von gewissen Waren zurückgehalten wurde. Doch steht zu hoffen, daß die im Etat veranschlagte Summe der Gesammeinnahme für das ganze Etatjahr erreicht werden wird.

Abg. v. **Buttkamer-Blauth** (kons.): Wir werden den Minister in seinem Bestreben unterstützen, sparsam zu wirtschaften, und werden deshalb gegen eine Herabsetzung der Personentarife uns erklären. Für die Bevölkerung der östlichen Provinzen genügen die bestehenden Tarife vollkommen, eine Herabsetzung würde die Lage nur verschlechtern. Die östlichen Provinzen befinden sich überhaupt in schlechter Lage. Früher suchten wir mit unserem Getreide von den Häfen aus den Weltmarkt auf; jetzt sind wir, da die Inlandspreise um den Zollbetrag höher sind, als der Weltmarktpreis, gezwungen, den inländischen Markt aufzufuchen, und hier bereiten uns die hohen Kosten der Getreidebeförderung auf den Eisenbahnen große Schwierigkeiten. Gegenwärtig besteht zudem eine wahre Völkerwanderung aus dem Osten nach Westen. Das hat einen großen Arbeitermangel zur Folge. Die Löhne sind darum in hohem Maße gestiegen und sind genau so hoch wie im mittleren Deutschland und annähernd so hoch wie im Westen. Der Landwirtschaft kann nur geholfen werden durch Ermäßigung der Eisenbahnfrachttarife oder durch die Aufhebung des Identitätsnachweises. Gegen die Einführung der Staffeltarife sind erhebliche Bedenken geltend zu machen, wenn ich auch nicht glaube, daß sie mehr Nutzen dem Ausland bringen als uns. Russland scheitert in den nächsten Jahren aus dem Wettbewerb in Deutschland aus. Das russische Getreide hat einen so weiten Weg zu machen, daß der Staffeltarif für dasselbe gar keine Bedeutung haben wird. Die Aufhebung des Identitätsnachweises würden wir einer Tarifermäßigung vorziehen. Diese Maßregel würde nicht bloß für die östliche Landwirtschaft, sondern auch für den dorthinliegenden Handel der Ostseehäfen, Königsberg, Danzig, Stettin von großem Nutzen sein. (Widerspruch rechts.)

Abg. **Simon** (Waldburg, nl.) weiß angefischt der jetzigen Minderüberschüsse der Eisenbahnen auf die stets erhobene Forderung der Nationalliberalen hin, einen Theil der Betriebsüberschüsse der Eisenbahnen gemäß dem Eisenbahn-Garantiegesetz zur Amortisation der Eisenbahnkapitalschuld zu verwenden und nicht die Eisenbahnneinnahmen mit dem Gesamtentzug zu verquicken. Wir wiesen immer darauf hin, daß das von der Regierung beliebte Verfahren zu bedenklichen Folgen führen müsse. Eine vollständige Lösung der Eisenbahnverwaltung von der übrigen Staatsverwaltung wollen wir nicht, aber es muß eine gewisse Grenze gezogen werden. Wir dürfen nicht von der Hoffnung ausgehen, daß die künftigen Jahre besser sein werden, sondern wir müssen die augenblicklich schlechte Lage in Berücksichtigung ziehen, und diese zwingt uns, auf den Gedanken einer Schiedung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung in gewissem Umfang einzugehen. Der Vorwurf des Ministers gegen die Privatbahnen, daß sie im Jahre 1874 eine Erhöhung der Tarife verlangten im Interesse ihrer Aktionäre, ist durchaus ungerechtfertigt. Denn nur ein Theil der Privatbahnen beteiligte sich bei der Erhöhung der Tarife. Andererseits aber möge man bedenken, daß in den früheren Jahren Lohnerschübungen und Steigerungen der Materialpreise stattgefunden hatten, ohne daß diesen Ausgabensteigerungen eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen gegenüberstand.

Bei der Aufstellung des Etats ist bis jetzt mehr die finanzielle Seite als die wirtschaftliche berücksichtigt worden. Man sieht aus den Staatsaufstellungen, wie bisher oft zu unrichtiger Zeit und an unrichtiger Stelle gespart worden ist. Die Vorbildung der höheren Beamten ist nicht immer eine genügende, die Berufsausbildung wird ziemlich vernachlässigt. Doch würde die Schaffung einer besonderen Eisenbahnlärre zwar für die fachmännische Ausbildung der Beamten von grohem Vorteile sein, aber man würde in der Auswahl der Personen zu beschränkt sein.

Die Verringerung der Sekundärbahnbauten im diesjährigen Etat zeigt auf deutlichste, wie nothwendig es ist, dem Privatkapital eine Beteiligung an solchen Bauten zu ermöglichen und zu erleichtern. Es ist jetzt so viel Kapital flüssig, daß eine solche Beteiligung bei einem Entgegenkommen selten der Regierung zahlreich stattfinden würde.

Eisenbahminister **Thielen**: Es werden günstigere Verhältnisse eintreten müssen, um den Etatsanschlag zu erreichen. Man möge aber bedenken, daß der Voranschlag im Monat August gemacht worden ist, in einer Zeit, wo die Verhältnisse günstiger liegen. Wird der Voranschlag aber in den Einnahmen nicht erreicht, so wird er auch nicht in den Ausgaben erreicht. Denn ein Theil der Ausgaben steht in innigem Zusammenhang mit den Einnahmen.

Die Staatsbahnverwaltung hat sich durch ihre Unparteilichkeit das Vertrauen der gesammten Bevölkerung erworben und große Erfolge erzielt. Die Organisationskraft ist eine durchaus gute. Aber wir sehen sie nicht als einen Zustand an, der keiner Verbesserung mehr fähig ist. Sie ist fortgesetzt verbessert worden, und wird es auch in Zukunft werden.

Dass unser Schreibwerk so groß ist, liegt in der Verbindung der Eisenbahnverwaltung mit der Finanzverwaltung, und in dem Verhältnis mit dem Publikum, dessen Beschwerden bei jeder Kleinigkeit schnell beantwortet werden müssen. Eine Vereinfachung des Schreibwerks ist aber in vielen Fällen schon herbeigeführt worden.

Betreffs der Ausbildung der höheren Beamten habe ich ein Projekt ausgearbeitet, das nunmehr den Direktions-Präsidenten vorliegt. Es wird reislich erwogen werden, inwieweit eine Aenderung in dieser Beziehung stattfinden soll. Schon jetzt ist den nicht akademisch gebildeten Beamten ermöglicht, in höhere Stellen

zu gelangen. Wir haben zwei Ober-Regierungsräthe, die nicht das Abiturienten-Examen gemacht haben. — Dem Privatkapital ist nicht die Möglichkeit entzogen worden, sich an Sekundär-Eisenbahnen zu beteiligen, erst in letzter Zeit sind einige Konzessionen ertheilt worden. Die Staffeltarife werden nicht vor der neuen Ernte aufgehoben werden.

Abg. **Schmieding** (nl.) wirft der Regierung vor, daß sie das Eisenbahn-Garantiegesetz nicht inne halte und überhaupt die wirtschaftliche Seite der Eisenbahnverstaatlichung nicht berücksichtige, sondern sie nur als eine Art indirekte Steuer betrachte. Das habe so nothwendige Verzögerung der Tarifreformen zur Folge. Die Regierung möge zu der gefundenen Grundlage der jährlichen gesetzlichen Amortisation zurückkehren.

Abg. **Vopelius** (fr.) klagt über den Mangel an Sekundärbahnen namentlich in Bergbauregionen. Die Bergarbeiter, welche gezwungen seien, meilenweit von dem Beschäftigungsort zu wohnen, befänden sich in einer beklagenswerten Lage. Redner klagt die Verzögerung des Ausbaues der Eisenbahn Wemmersweiler-Hermeschthal.

Minister **Thielen** erklärt, daß die Vorverhandlungen mit der oldenburgischen Regierung auf große Schwierigkeiten gestoßen seien, daß man aber jetzt ein Einverständnis erzielt habe.

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.): Der Eisenbahminister erkennt im Gegensatz zum Abg. Buttkamer die Nothwendigkeit einer Tarifreform an, wie aus seinen Ausführungen im Reichstage zu schließen ist. Die Ansprüche der Produktion und Konsumtion an die Staatsverwaltung werden im nächsten Jahre noch steigen. Die Einführung des Rohmaterialientarifs wird bald erfolgen müssen. Aber man förgert damit, weil der Karren verfahren ist. Wir haben vor 15 Jahren davor gewarnt, die Eisenbahnen nur in den Dienst der Finanzen zu stellen. Wir erhofften von der Eisenbahnverstaatlichung eine wirtschaftliche Hebung. Aber was ist geschehen? Die finanzielle Lage, sagt man, verhindere Tarifermäßigungen. Würde eine Privatgesellschaft solche Überschüsse erzielen, wie die Staatsbahn, so hätte man sie von Staatswegen gezwungen, die Tarife zu erniedrigen. Eine Miszwirtschaft ohne Gleichen hat uns in die Lage gebracht, offen das Befreiung ablegen zu müssen, daß in Preußen das Hindernis für eine gedeihliche Verkehrsdevelopment im Reiche liegt. (Widerspruch rechts.) Seien wir doch offen. Das preußische Staatsbahnwesen ist auf einen tödten Punkt angelangt. (Widerspruch rechts.) Wir haben die Überschüsse nicht wie ein verständiger Privatmann verwendet zur Verminderung der Schulden. Wir müssen das Verlangen erheben, daß die Betriebsüberschüsse nicht in ihrem vollen Umfang als Einnahmen der Staatseisenbahnverwaltung angesehen werden. Das Eisenbahn-Garantiegesetz muß in einer Weise abgeändert werden, daß wirkliche Garantien für eine vernünftige Verwendung der Überschüsse gegeben werden. Hätte man z. B. gewußt, wie die Regierung die Sache handhaben werde, es würde sich keine Majorität für die Verstaatlichung ergeben haben. Geht diese Finanzwirtschaft weiter, dann verschlechtern sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr, dann wird die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnverwaltung immer mehr gelähmt, dann werden die Staatsfinanzen immer mehr in Unordnung gebracht, und es bleibt uns schließlich nichts anderes übrig, als die Eisenbahnen zu verpachten oder zu verkaufen. Ein industrielles Etablissement muß obligatorische Amortisation haben. Es ist unerhört, daß Erlöse aus Grundstücken und Materialien in die allgemeine Staatskasse fließen. Hoffentlich wird der jetzige Eisenbahn- und Finanzminister bald ein Gesetz vorlegen, welches die Amortisationsart fest regelt und die Grenze genau zieht, welche zwischen Eisenbahnverwaltung und allgemeiner Staatsverwaltung bestehen soll. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und links.)

Abg. **Plett** (Btr.) befürwortet die Neberlassung des Baues von Tertiärbahnen an Private und tritt für einen Versuch im kleinen mit dem Sondertarif ein.

Abg. **Broemel** (dr.): Ein Minister dürfte den Vorwurf des Abg. Hammacher, daß eine Miszwirtschaft ohne Gleichen vorliege, nicht ohne Erwiderung auf sich sitzen lassen. Es scheint mir, daß bei manchen Freunden des Eisenbahnwesens eine Art Kazenjammer eingetreten ist. (Widerspruch.) Aus einer Zeit des Überschlusses sind wir plötzlich in eine Zeit des Mangels gekommen, welcher uns verhindert, seit Langem geäußerte Wünsche zur Ausführung zu bringen. Man hat eine Steigung der Einnahmen in dem Etat angenommen, die durchaus ungerechtfertigt ist, und wie sie in keinem Staate angenommen worden ist. Die Balanzstruktur des Etats ist ein Blendwerk, um über die Thatachen des Defizits hinwegzutäuschen. Diese Politik steht freilich in Zusammenhang mit der ganzen Steuerpolitik, bei der Einnahmen gefordert wurden, ohne daß vorher die Ausgabebezüge fixirt waren. Eine solche Politik muß naturngemäß jede Tarifreform verhindern. In dem Moment, wo Überschüsse vorhanden sind, muß die Regierung alle Wünsche, die an sie bezüglich der Verbesserung des Eisenbahnwesens herantreten, ernst und wohlwollend prüfen. Sie darf sie nicht abweisen im Interesse der allgemeinen Finanzverwaltung. Es ist eine Thatache, daß Preußen das Hindernis für die Tarifreformen in den übrigen deutschen Staaten ist. Will man zu einer soliden Wirtschaft kommen, so müssen wir zu einer vollständigen Lösung der Eisenbahnverwaltung von der Finanzverwaltung schreiten, und zwar so schnell als möglich. Wir müssen eine besondere unabhängige Eisenbahnverwaltung haben, eine von der gesamten Finanzverwaltung gesonderte Eisenbahnkapitalschuld mit eigener Verzinsung und Amortisation. Das erst wird uns gesunde Verhältnisse bringen. (Beifall links.)

Abg. **Thielen**: Abg. Hammacher hat uns wohl keinen Vorwurf machen, sondern nur die tatsächlichen Verhältnisse beleuchten wollen. Die angenommene Einnahmestiegerung ist eben so hoch wie in früheren Jahren, nämlich vier Prozent. Diese Steigerung hat um so mehr angenommen werden können, als in früheren Jahren große Überschüsse über diese vier Prozent erzielt worden sind. Ein Blendwerk ist der Etat durchaus nicht. Der Finanzminister und die Eisenbahnverwaltung haben die Aufstellung nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Propheten sind sie aber nicht. Der Einfuß Preußens auf andere deutsche Staaten ist nicht so groß.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): vertheidigt das Staatsbahnwesen, welches die Erweiterung und den Ausbau des Sekundärbahnsystems ermöglicht habe. Das Publikum fahre jetzt besser als früher. Die Frage der Tarifreformen möge man doch lassen. Ungarn habe trotz seiner Reform vielfach noch höhere Tarife als wir. Vor der Eisenbahnverstaatlichung stand man vor der Alternative, ob man die Nebelstände des gemischten Systems beibehalten, oder ob man die schwäbenden Einnahmen, welche die Eisenbahnverstaatlichung mit sich bringt, würde, in den Kauf nehmen sollte. Der zweite Nebelstand war der kleinere, und deshalb wählten wir die Eisenbahnverstaatlichung. Eine auch nur teilweise Lösung der Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Finanzen ist fast undurchführbar. Wir wollen aber den Versuch machen, wenn Sie die richtigen Mittel und Wege finden.

Abg. **Klose** (Btr.) bittet um den Bau einer Sekundärbahn von Ratscher nach Peterwitz.

Minister **Thielen** erklärt, daß Erwägungen darüber stattfinden.

Abg. Dr. **Hammacher** gibt zu, daß die Frage einer Sonderung der Eisenbahnkapitalschuld von der übrigen Staatschuld eine sehr schwierige sei, daß aber in einer Kommissionsberatung, an der Fachleute teilnehmen, die Lösung gefunden werden würde.

Damit ist die Berathung über den ersten Theil des Tit. 1 erledigt, und die weitere Berathung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schlüß 4 Uhr.

Deutschland.

■ Berlin, 18. Febr. Im Abgeordnetenhaus kam es heute bei der Berathung des Eisenbahnwesens zu wichtigen Auseinandersetzungen. Die Führung im Kampfe gegen das jetzige Eisenbahnwesen, für das Herr Thielen freilich nichts kann, wurde von den nationalliberalen Rednern übernommen. Zuerst war es der Abg. Simon-Waldburg, der eine vorhandene Miszwirtschaft konstatierte. Dann kam der Abg. Schmieding, um noch stärker hervorzuheben, daß das Staatsbahnwesen von heute auf falscher Grundlage beruhe; endlich trat Abg. Hammacher auf den Plan, um der Regierung vorzuhalten, daß es so wie bisher nicht weiter gehen könne. Das Gemeinsame dieser Reden ist die nur allzu begründete Be schwerde darüber, daß die Verbindung zwischen dem Finanzministerium und der Eisenbahnverwaltung eine übermäßig enge, für beide Theile gleich schädliche ist. Der Abg. Simon war noch am gemäßigtesten mit diesen Vorwürfen, er machte die Konvention, daß eine völlige Trennung beider Theile leicht dazu führen könnte, daß der Eisenbahminister in Tarifermäßigungen zu weit geht, was wieder auf die allgemeine Finanzlage einen übeln Einfluß haben könnte. Energischer legte schon Herr Schmieding die Wurzel der Nebelstände bloß. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn dieser Redner ausführt, daß die jetzige Überschusswirtschaft als eine Art indirekter Steuern angesehen wird, daß auf diese Weise die Abneigung gegen das Staatseisenbahnwesen verstärkt wird, und daß die dringenden Reformen im Eisenbahnwesen erschwert werden, wenn der Eisenbahminister immer nur für den Finanzminister zu sorgen hat. Der Abg. Schmieding verlangt deshalb, daß die Überschüsse aus dem Eisenbahnbetriebe fixirt, und das Übrige zur Schuldentlastung und zur Verbesserung innerhalb des Staatseisenbahnwesens verwendet wird. Er fügte die Hoffnung hinzu, daß die gegebene zwischen dem Finanzminister und dem Eisenbahminister schwedende Verhandlungen über diese Frage zum gedeihlichen Abschluß führen werden. Es wäre nützlich gewesen, wenn Herr Thielen auf diese werthvolle Anregung etwas erwidert hätte, aber er schwieg dazu, und auch der Finanzminister, der im Verlauf der Debatte ins Haus trat, sah sich nicht veranlaßt, über den Stand der Verhandlungen zwischen ihm und seinem Kollegen aus der Vorstraße Nähres mitzuteilen. Auch die scharfen Angriffe des Abg. Hammacher brachten beide Minister nicht dazu, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten. Der Abg. Hammacher steht gewiß nirgends im Verdachte, ein Gegner des Staatseisenbahnwesens zu sein. Doppeltes Gewicht also hat es, wenn er gerade ein Urtheil fällt, wie es in solcher Entschiedenheit wohl noch nie dagewesen ist. Er erklärte die jetzige Wirtschaft für eine „unverantwortliche Miszwirtschaft.“ Die preußische Eisenbahnverwaltung sei auf einem tödten Punkt angelangt. Wäre es nicht zu jammerlich, so könnte man über den vorausgesagten Misserfolg dieser Art von Eisenbahnpolitik Genugthuung empfinden. Ein Gesetz über die Schaffung eines Garantiefonds zur obligatorischen Amortisation des Eisenbahnkapitals sei unvermeidlich. Mit anderen Worten und fast noch schärfer nahm der Abg. Hammacher die Darstellung seines Fraktionsgenossen Schmieding auf, der es beschämend nannte, wenn der Eisenbahminister sagt, er erkenne die Nothwendigkeit von Tarifreformen zwar an, aber die Finanzlage erlaube nicht, sie durchzuführen. Das ist denn also die Beleuchtung, in die unser vielgerühmtes Staatseisenbahnwesen rückt, wenn man ihm näher ins Gesicht sieht. Diese heutige Debatte kann immerhin ihren Werth haben, und sie wird ihn hoffentlich haben. Es ist undenkbar, daß die Staatsregierung sich nicht beeilen sollte, die unnatürliche Verbindung von Finanz- und Eisenbahnministerium zu lösen, die unsere Finanzen vollkommen zu zerstören droht, und unter der alle, auch geringfügige Reformen im Eisenbahnwesen zur Lähmung verurtheilt erscheinen. Minister Thielen bat um das Wohlwollen des Hauses. Das wird ihm gewiß nicht versagt werden, aber um es sich zu erhalten, genügt es nicht, ein guter Verwaltungsbeamter zu sein; man muß auch den Mut zu Reformen haben.

— Nach Meldungen aus Rom und Wien sollen Fürstbischof **Kopp** und Erzbischof **Stabelski** zu Kardinälen ernannt werden. — Da der Letztere kaum einige Wochen im Amt ist, erscheint die Verleihung des Kardinalshutes an **Kopp**, der bekanntlich wiederholt die Verhandlungen zwischen Rom und Berlin vermittelt hat, wahrscheinlicher.

— In dem Verfahren gegen Rektor **Ahlward** ist am Mittwoch auch das Mitglied der Berliner Schuldeputation, Dr. Otto Hermes, als Zeuge vernommen worden, insbesondere über die Behauptung der Ahlward'schen Broschüre, daß er mit den Kandidaten, die sich für eine Lehrerstelle an den städtischen Schulen meldeten, ein politisches Examen abgehalten und denselben die Frage vorgelegt habe: „Glauben Sie noch an das Märchen von Christo?“ Herr Dr. Hermes hat ausgesagt, daß er nicht mit Schulamtskandidaten, wohl aber mit Kandidaten für Direktorenstellen an höheren Lehranstalten manchmal auch Unterhaltungen über religiöse Fragen gepflogen und daß er da allerdings keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß für ihn die göttliche Abstammung Christi ein Märchen sei. Wie berichtet wird, hätte der Voritzende, Landgerichtsdirektor **Brausewetter**, nachdem Herr Hermes den Saal verlassen, öffentlich seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß ein Mann mit solchen Ansichten noch Mitglied der Schuldeputation bleiben könne. Landgerichtsdirektor Brausewetter möge sich erinnern, daß die Mitglieder der städtischen

Schuldeputation von der Stadtverordnetenversammlung lediglich unter Berücksichtigung ihrer Beschriftigung u. ihres Interesses für das städtische Schulwesen gewählt werden, daß der Deputation nicht nur Protestant, sondern auch Katholiken, ja sogar Juden angehören, die bekanntlich bezüglich der göttlichen Abstammung Christi auf einem jeden Christen fremden Standpunkt stehen, mit einem Wort, daß die dogmatische Auffassung mit der Zugehörigkeit zur Deputation in gar keiner Beziehung steht. Falls Landgerichts-Direktor Brausewetter in der That die oben erwähnte Bemerkung gemacht haben sollte, so hätte er damit nur den Beweis geführt, daß er in einer nichtjuristischen Frage ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse und ohne zureichenden Anlaß geurtheilt hat.

— Dann werden Sie wohl bis zum November fahren soll der Kaiser nach der „Volkszg.“ am Mittwoch auf dem Capri-Diner zu dem Vorsitzenden der Volkschule-Kommission gesagt haben, als dieser ihm berichtete, daß die Kommission gestern den § 14 der Vorlage erledigt habe. — Die Frei. Ztg. bezweifelt indessen, daß eine solche Neuverfügung gefallen ist, da von dem Schulgesetz bei dem Essen überhaupt nicht die Rede gewesen sein soll.

— Neben die Benutzung der Schulnaben zum Regelaußen werden nach der „Bresl. Morgenzeit.“ seitens der Staatsbehörden gegenwärtig Erhebungen angestellt.

— Aus Belgrad, 15. Februar, wird der „A. R. C.“ gemeldet: „Der deutsche Legationssekretär Baron Kleinert überreichte heute dem Minister des Äußeren Görgevitsch eine Reklamationsnote der hiesigen deutschen Gesandtschaft wegen der Ausweisung des Journalisten Paul Weiß. Die eingehenden Erklärungen, welche der Minister über die Ursache der Ausweisung gab, erwiderte Baron Kleinert damit: er werde die erhaltenen Informationen zur Kenntnis der deutschen Gesandtschaft bringen und den Fall bis zum Eintreffen des neuernannten Gesandten Baron Baeker als erledigt betrachten.“

Bremen, 18. Febr. Die hiesige Handelskammer hat dem Kaufmannskonvent eine Resolution unterbreitet, in welcher empfohlen wird, „für die Belebung der im Handelsgewerbe Angestellten an Sonntagen die Vormittagsstunden von 8–11 Uhr freizugeben, eine weitergehende Sonntagsarbeit aber vorbehaltlich der für einzelne Handelszweige zu gestattenden Ausnahmen zu verbieten.“ Was die Regel selbst anlangt, d. h. die Freigabe der Vormittagsstunden von 8–11 Uhr für die Sonntagsarbeit, so ist für die Kammer der Gesichtspunkt leitend gewesen, daß es den Kaufleuten möglich bleiben muß, die am Sonntag früh eingelaufene Post in Empfang zu nehmen und etwaige eilige Eingänge zu erledigen. Da diese Post um 1/9–9 Uhr im Besitz der Adressaten sein kann, so würde für die Erledigung der dringlichen Sachen eine Zeit von etwa zwei Stunden gegeben sein, welche Zeit die Kammer für nothwendig, aber auch der Regel nach für ausreichend erachtet.

Amerika.

* Bei einer Besprechung des neuesten statistischen Berichtes des Bundesverkehrsamts in Washington gibt eine amerikanische Fachzeitschrift folgende Notiz über die Verwaltung größerer Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten von Amerika durch einzelne mächtige und reiche Familien. Es befanden sich im Jahre 1890/91 in Eigentum und unbeschränkter Verwaltung der Familien

Vanderbilt	10 Linien im Umfang von 23 090 km,
Gould	5 " " 16 816 "
Macay	4 " " 1 201 "
Huntington	3 " " 8 760 "

zusammen 22 Linien im Umfang von 50 599 km.

Die Linien hatten im Jahre 1890/91 eine Roheitnahme von 237 360 731 Dollars oder 996 915 070 M., d. h. etwa 30 Millionen Mark mehr, als die preußischen Staatsbahnen nach dem Etat von 1892/93. Diese Notizen sollen auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, sie sind, wie das amerikanische Blatt bemerkt, aufs Geratewohl zusammengestellt. Zur Ergänzung sei bemerkt, daß beispielsweise das Haupt der Familie Gould noch Besitzer fast aller dem öffentlichen Verkehr dienenden Telegraphenlinien (der Western Union Telegraph Company) ist, während Mr. Huntington gleichzeitig Besitzer einer Schiffsverkehrs-Gesellschaft ist, welche zahlreiche Ocean- und Flussfahrtlinien mit einer Gesamtlänge von 11 714 km durchfahren.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 18. Febr. Der Haupttreffer der Kölner Dombau-Lotterie im Betrage von 75 000 Mk. ist auf Nr. 265 776 gefallen.

Hamburg, 18. Febr. Die „Hamb. Börsen.“ meldet: Der Besitzer der Dampfornithmühle und Mehlmühler Ladiges in Lockstedt bei Hamburg ist verhaftet worden, weil er bedeutende Quantitäten Mehl mit Sand verfälscht haben soll. Auch der Werkführer und ein Heizer, welche der Beihilfe beschuldigt werden, sind verhaftet.

Wien, 18. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Einberufung der Landtage zum 3. März.

Petersburg, 18. Febr. Das unter dem Vorsitz des Großfürsten-Thronfolgers bestehende Hilfsomite hat nach dem neuesten von ihm veröffentlichten Berichte den verschiedenen Notstandsgouvernementen gegen 1 1/4 Millionen Rubel in Baar und über 800 000 Rubel an Korn überwiesen.

Bern, 18. Febr. Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei hat einstimmig beschlossen, das Referendum gegen das Auslieferungsgesetz zu ergreifen.

Rom, 18. Febr. Kardinal Mermilliod ist mit den Sterbekräften versehen worden.

Paris, 18. Febr. (Deputirtenkammer.) Der Boulangist Le Héritier interpellirte die Regierung, warum gegen den Minister Constance nicht gerichtlich eingeschritten worden sei wegen der Mißhandlung des Deputirten Laval am 19. Januar. Der Justizminister erwiderte, der Gerichtshof der Seine ergriffe niemals die Initiative zur Verfolgung, wenn es sich um leichte Mißhandlungen handele. Der Deputirte Millerand fragte an, warum der Präsident der Kammer, Floquet, nicht die Verfolgung beantragt habe. Floquet erwiderete, es sei dies nicht geschehen, weil sich der Minister Constance entschuldigt und die Kammer diese Entschuldigung akzeptirt habe. Die Kammer nahm eine von der Regierung acceptirte Tagesordnung an, welche besagt, daß das Recht für Alle gleich sein müsse.

Paris, 18. Febr. Nach Meldungen aus Pernambuco

sind in Geara Unruhen ausgebrochen. Die Bevölkerung verjagte den Gouverneur der Provinz.

London, 18. Febr. (Unterhaus.) Der Erste Lord des Schatzes Balfour beantragt, die erste Lesung der irischen Lokalverwaltungsbill zur Einsetzung wählbarer Grafschaftsräthe und Kreisräthe, in denen einige Mitglieder ex officio ihren Sitz haben und bei denen die Minorität zureichend vertreten sein soll. Im Falle die Räthe der Geldvergabe, der Besteckung, der Veruntreuung oder der Bedrückung schuldig befunden werden, sollen sie durch Richterspruch oder durch den Bizekönig abgesetzt werden können.

London, 18. Febr. Auf einem Landgute bei Heath-Haywards (Grafschaft Sussex) sind 51 Kühe und 42 Schafe von der Maul- und Klauenseuche befallen.

Bukarest, 18. Febr. [Senatswahlen.] Unter 60 Gewählten sind 42 Konservative und 9 Oppositionelle. 9 Stichwahlen sind erforderlich.

Kairo, 18. Febr. Der Gladstoneamische Abgeordnete Sir George Campbell, welcher sich hier zur Herstellung seiner Gesundheit aufhielt, ist gestorben.

New-Orleans, 18. Febr. In dem Manufakturaarenlager von Schurz und Söhne in der Canal-Street und der Bourbon-Street brach eine Feuersbrunst aus, die schnell um sich griff und außer den Schurz'schen Lokalitäten noch 7 andere Waarenlager vernichtete. Der Schaden an Gebäuden und Waaren wird auf mehr als 2 Millionen Dollars geschätzt.

Paris, 19. Febr. Im weiteren Verlauf der gestrigen Kammer sitzung beantragte Hubbard die Dringlichkeit für die Regierungsvorlage über die Genossenschaften, um eine Antwort auf die Angriffe des Episkopats ertheilen zu können. Gossignac bezeichnete die Vorlage für eine unbillige und gehässige. Ministerpräsident Freycinet erklärte, die Vorlage beziehe keineswegs eine Verfolgung der Kirche und bilde durchaus nicht die Girleitung zur Trennung von Kirche und Staat. Freycinet rühmte den versöhnlichen Geist des Papstes. Frankreich werde gewiß einstmals berufen sein, mit dem Vatikan über die religiöse Frage zu verhandeln, möglicherweise werde die klerikale Partei sich weigern, den vorgezeichneten Weg zu gehen, dann werde das allgemeine Stimmrecht zwischen der beiderseitigen Politik richten. Der Minister acceptierte die Dringlichkeit der Vorlage, aber nicht im Sinne Hubbards; die Regierung lehne es ab, die Trennung der Kirche vom Staat vorzubereiten, sie verlange eine Tagesordnung, welche die Ansicht der Kammer ausdrücke. Eine Tagesordnung, welche die Regierung erachtete, die republikanische Politik fortzuführen, wozu Freycinet die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde hierauf mit 304 gegen 202 Stimmen abgelehnt, worauf die Minister den Saal verließen. Die Kammer lehnte sodann mit 286 gegen 246 Stimmen den Dringlichkeitsantrag Hubbard ab, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Nächste Sitzung Montag.

Angekommene Fremde.

Posen, 19. Februar.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Lodomes a. Lüttich, Gelstein u. Simon a. Breslau, Gröning, Heymann u. Peters a. Berlin, van der Kuhlen a. Güdeswagen, Heuer a. Wiesbaden, Frau Luh u. Töchter a. Neutomischel, Maus a. Usch, Franzelin a. Stettin, Kaerlich a. Elberfeld, Brecht aus Waltershausen, Roggel a. Danzig, Berg a. Chemnitz, Gutsverwalter v. Blutinski a. Busowko, Ingénieur Berg a. Königberg in Pr., Ober-Postdirektor Wehlack a. Halle a. S., die Rittergutsbesitzer Schwarzkopf a. Rose, Lt. Iffland a. Strzepki, Stegemann a. Schlesien, Frau Jäger a. Wilkowice, Dr. v. Szuldrzynski aus Sterniski.

Mylus Hotel de Dreide (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Lt. Hagel a. Gr. Krausch, Dr. v. Rzepuski a. Arcugowo, Reichsbevollmächtigter u. Geheimer Finanzrat Haupt a. Stettin, Mit ergutspächter Adam u. Frau a. Eugenienhof, die Künstler Pablo de Sarasate u. Goldschmidt a. Paris, Lieutenant a. D. Normann a. Grünhof, Fabrikant Rauchholz a. Leipzig, Direktor Hofberg aus Hannover, Inspektor Danke a. Breslau, die Kaufleute Trenee a. Frankfurt a. M., Geyer a. Dresden, Herrnsfeld a. Breslau, Kaul, Alders u. Landsberger a. Berlin.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Simon, Lohrisch und Lewing a. Breslau, Dittmann aus Nowowrzaw, Feldmann, Dieckert, Müller, Schäfer und Schmidt a. Berlin, Hetschel aus Mannheim, Knipping aus Remscheid, Apothekenbesitzer Dobrowolski a. Koschmin i. B., Ingénieur Vilz a. Chemnitz, Baumeister Rosdorn u. Frau a. Vilz i. B.

Theodor Jahns Hotel garu. Die Kaufleute Herzberg a. Leipzig, Ansbach a. Wandsworth, Gimkiewicz u. Bieske a. Berlin, Freydrich u. Kloie a. Stettin, Mahler a. Mannheim.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Seevern a. Sommerfeld, Müller a. Marburg, Wille a. Berlin, Lehrer Kubica a. Briesen u. Versicherungs-Inspektor Schönmuth a. Berlin.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Z. Babski a. Striesen, A. Alexander a. Hannover, Fritz Bang a. Nürnberg, G. Schulz u. Schweiter a. Glogau, R. Kunz a. Potsdam, Winkelmann a. Königsberg, H. Reinisch a. Breslau, P. Kratz a. Paradies, Neustadt u. Cohn a. Berlin, G. Cohen a. Leipzig, Bernoulli a. Bremen, die Techniker C. Simon a. Berlin, Ehler a. Stuttgart, Ziegelsebelscher J. Blume a. Leutmannsdorf, Ingénieur Zadek a. Hamburg.

Handel und Verkehr.

** Bradford, 18. Febr. Kreuzzuchten ziemlich fest, andere Sorten matt; Stoffe gedrückt.

** Newyork, 17. Febr. Die Börse eröffnete schwach mit niedrigeren Kurzen, im Laufe des Verkehrs trat Befestigung ein, Schlüssellos aber fest. Der Umsatz der Aktien betrug 412 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 142 000 Unzen. Die Silberankäufe für den Staatschaz betragen 559 000 Unzen zu 91,50 à 91,75.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Febr.	Morgens 3,16 Meter.
= = 18. =	Mittags 3,10 =
= = 19. =	Morgens 2,94 =

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
18. Nachm. 2	740,4	S mäßig	bedekt	— 5,1
18. Abends 9	740,4	SSW leicht	bedekt	— 5,6
19. Morgs. 7	745,2	SW mäßig	bedekt	— 3,1
Am 18. Febr.	Wärme-Maximum —		4,5° Cel.	
Am 18.	Wärme-Minimum —		10,8° =	

Telegraphische Börsenberichte.

London-Börse.

Dresden, 18. Febr. (Schlußkurse.) Lustlos. Neue Sp. Reichsanleihe 84,00, 3 1/2%, proz. L.-Pfandbr. 96,95, Konso. Türk. Loos 75,50, 4proz. ung. Goldrente 92,60, Bresl. Distontobant 92,50, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditaktien 169,75, Schle. Bankverein 109,75, Donnersmarckhütte 77,50, Flöther Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,00, Oberschles. Eisenbahn 54,40, Oberh. Porland-Cement 96,00, Schle. Cement 132,25, Oppeln. Cement 103,25, Schle. Dampf. C. —, Kramsta 116,75, Schle. Ginstaffeln 189,00, Laurahütte 105,50, Verein. Oelfab. 88,25, Österreich. Banknoten 172,90, Russ. Banknoten 200,90, Giebel Cement 104,00.

Frankfurt a. M., 18. Febr. (Schlußkurse.) Lustlos. Wechsel 20,41, 4proz. Reichsanleihe 106,80, österr. Silberrente 81,20, 4 1/2%, proz. Papierrente 81,40, do. 4proz. Goldrente 95,60, 1860er Loos 124,80, 4proz. ung. Goldrente 92,70, Italiener 89,90, 1880er Russen 92,30, 3. Orientali. 63,70, unif. Egypter 95,60, t. Türk. 18,10, 4proz. türk. Anl. 82,50, 3proz. port. Anl. 28,10, 5proz. serb. Rente 76,20, 5proz. amort. Rumäniens 96,70, 6proz. Konso. Mexik. —, Böhm. Westb. 305, Böhm. Nordbahn 159, Franzosen 249, Galizier 182, Gotthardbahn 136,50, Lombarden 77,5, Lübeck-Büchen 147,00, Nordwestbahn 178, Kreditaktien 263, Darmstädter 124,40, Mitteld. Kredit 97,00, Reichsb. 146,70, Dist.-Kommandit; 181,00, Dresden. Bank 132,90, Pariser Wechsel 80,975, Wiener Wechsel 172,30, serbische Tabakrente 76,30, Bochum. Gussstahl 110,90, Dortmund. Union 57,70, Harpener Bergwert 140,50, Hibernia 124,70, 4proz. Spanier 62,00, Mainzer 112,60.

Privatekstont 2 Proz. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263, Dist.-Kommandit 180,90, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden Darmstädter —.

Wien, 18. Febr. (Schlußkurse.) Infolge drückender sehr stiller Tendenz schließlich schwach und Kurse vorwiegend nominell. Österreich. 4 1/2%, Papier. 94,55, do. 5proz. 102,80, do. Silber. 94,05, do. Goldrente 111,25, 4proz. ung. Goldrente 107,70, 5proz. Papier. 102,35, Länderbant 203,70, österr. Kreditakt. 307,25, ungar. Kreditaktien 340,00, Wien. Bt. 112,50, Elbethalbahn 225,25, Galizier 211,25, Lemberg-Czernowitz 246,50, Lombarden 87,75, Nordwestbahn 208,50, Tabaksaltien 162,00, Napoleon 9,38, Banknoten 57,95, Russ. Banknoten 1,16, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe —.

Paris, 18. Febr. (Schlußkurse.) Matt. Sehr matt, Italiener-Baisse und Rückgang verschiedener Parquerwerthe verhinderten allgemein, Rente mäßig nachgebend, Länderbau matt, Spanier nachgebend, Banken stark auf weiteren Rückgang Banque de Paris infolge anhaltend ungünstiger Bilanzgerüchte; auch Crédit foncier angeboten.

3 proz. amortisierte Rente 96,85, 3 proz. Rente 95,87, 4 1/2%, proz. Anl. 104,95, Italien. 5% Rente 89,10, österr. Goldr. 96, 4%, 4 1/2%, ungar. Goldr. 91,87, 3. Orient-Anl. 64,43, 4proz. Russen 1889 92,55, Egypter 477,81, t. Türk. 18,57, Türkentröse 72,60, Lombarden 208,75, do. Prioritäten 305,00, Banque Ottomane 533,00, Banana 5 proz. Obligat. 20,00, Rio Tinto 418,10, Tab. Ottom. 354,00, Neue Sp. Rente 94,87, 5proz. Portugiesen 27, Neue 3proz. Russen 75,06.

London, 18. Febr. (Schlußkurse.) Matt. Engl.

Hafer p. Frühjahr 6,01 Gd., 6,03 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5,49 Gd., 5,51 Br. — Körnerp. v. Aug.-Sept. 13,35 Gd., 13,45 Br. — Wetter: Sturm, salt.

Paris., 18. Febr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen matt, v. Februar 25,90, p. März 26,20, v. März-Juni 26,60, v. Mai-August 27,00. — Roggen ruhig, per Februar 19,10, per Mai-August 19,10. — Mehl weich, v. Febr. 56,20, p. März 56,70, v. März-Juni 57,20, p. Mai-August 58,00. — Rübel ruhig, v. Febr. 56,25, p. März 57,00, v. März-Juni 57,25, v. Mai-August 58,00. — Spiritus ruhig, v. Febr. 47,50, p. März 47,00, v. März-April 47,00, v. Mai-August 46,00. — Wetter: Schön.

Paris., 18. Febr. (Schlussbericht.) Rohzucker behpt., 88 p.Ct. loko 39,00. Weicher Zucker behpt., Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 40,75, p. März 41,00, v. März-Juni 41,50, p. Mai-August 41,87%.

Havre., 18. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Stegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basiss.

Rio 9000 Sac, Santos 15 000 Sac Recettes für gestern.

Havre., 18. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Stegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. März 88,75, p. Mai 86,25, v. Sept. 81,50. Ruhig.

Antwerpen., 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen ruhig. Hafer unverändert. Gerste unbelebt.

Antwerpen., 18. Febr. Wolle. (Telegr. der Herren Willens u. Comp.) Wolle. La Plata-Bug, Type B, per März 4,15, Juli 4,25, Nov. 4,35 Käufer.

Antwerpen., 18. Febr. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Kaffmixture Type weiß loko 16 bez. und Br., v. Febr. 16 Br., v. März 16%, Br., Sept.-Dez. 16%, Br. Ruhig.

Amsterdam., 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen p. März 241, v. Mai 248. Roggen p. März 223, v. Mai 229.

Amsterdam., 18. Febr. Bancazzin 54%.

Amsterdam., 18. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

London., 18. Febr. 96 p.Ct. Tabazucker loko 16 1/2% ruhig.

Rüber-Rohzucker loko 14%, ruhig. Centrifugal Cuba —.

London., 18. Febr. An der Küste 4 Weizenladung angeboten. — Stetig.

London., 18. Febr. Chili-Kupfer 43%, per 3 Monat 44%.

Glasgow., 18. Febr. Hoboken. (Schluss.) Mixed numbers warrants 40 lb. 6 d.

Liverpool., 18. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaschlicher Umsatz 8000 Ball. Stetig. Tagesimport 4 000 Ballen.

Liverpool., 18. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 3 1/2%, April-Mai 3 1/2%, Mai-Juni 3 1/2%, Juli-August 4, August-September 4%, d. Verkaufspreis.

Liverpool., 18. Febr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 3 1/2%, April-Mai 3 1/2%, Mai-Juni 3 1/2%, Juli-August 4, August-September 4%, d. Verkaufspreis.

Liverpool., 18. Febr., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 3 1/2%, April-Mai 3 1/2%, Mai-Juni 3 1/2%, Juli-August 4, August-September 4%, d. Verkaufspreis.

Liverpool., 18. Febr. (Offizielle Notrungen) Amerikaner good ordinary 3 1/2%, do. low middling 3 1/2%, Amerikaner middling 3 1/2%, middling fair 4%, Bernam fair 4%, do. good fair 4 1/2%, Ceara fair 4%, do. good fair 4%, Babia fair —, Macain fair 4%, Maranham fair 4%, Egyptian brown fair 4%, do. do. good fair 4%, do. do. good 5%, do. do. white fair 4%, do. do. good fair 4%, do. do. good 5%, M. G. Broach good 3%, do. fine 3 1/2%, Dhollereah fair 2 1/2%, do. good fair 3 1/2%, Dhollereah good 3 1/2%, do. fine 3 1/2%, Domra fair 2 1/2%, do. good fair 3 1/2%, do. good 3 1/2%, do. fine 3 1/2%, Scindia good fair —, do. good 3 1/2%, Bengal good fair 2 1/2%, do. good 3 1/2%, do. fine 3 1/2%, Madras, Tintinvelly, fair 3 1/2%, do. do. good fair 3 1/2%, do. do. good 3 1/2%, do. Western fair 2 1/2%, do. do. good fair 3, do. do. good 3 1/2%, Peru rough fair —, do. do. good fair 8, do. do. good 8%, do. moder. rough fair 5%, do. do. do.

good fair 6%, do. do. do. good 7%, do. smooth fair 4%, do. do. good fair 4%.

Newyork., 18. Febr. (Anfangskurse) Petroleum: Pipeline certificates per März 60%, Weizen per Mai 105%.

Newyork., 17. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7%, do. in New-Orleans 6%. Raft. Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Nobes Petroleum in Newyork 5,80, do. Pipeline Certificates p. März 60%. Biennisch fest. Schmalz loko 6,80, do. Rohe u. Brothers 7,05. Ruder (Fait refining Muscovados) 3. Mais (New) p. März 48%, p. April 49%, p. Mai 49%. Rother Winterweizen loko 108%, Kaffee Rio Nr. 7, 14%. — Mehl 4 D. 00 C. Getreidebefracht 3%, — Kupfer —. Rother Weizen per Febr. —, März 106%, p. April 106, p. Mai 104. Kaffee Nr. 7 lös. ord. p. März 13,00, p. Mai 12,62.

Der Weizenmarkt in Newyork sowie in Chicago eröffnete fest. Preise bewegten sich mit kurzer Unterbrechung in steigender Richtung auf umfangreiche Käufe; Schluss fest. Maispreise rückwärtig wegen großer Zufuhren; Schluss stetig.

Chicago., 17. Febr. Weizen p. Febr. 89%, p. Mai 92%. Mais p. März 40%. Spec short clear 6,25. Port p. Febr. 11,50. In Chicago war Markt für Mais durchweg fest.

Berlin., 19. Febr. Wetter: Leichter Schneefall.

Newyork., 18. Febr. Rother Winterweizen. p. Febr. 109 C. p. März 108%, C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin., 18. Febr. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten wenig günstig und boten geistästliche Anregung in keiner Richtung dar.

Hier zeigte die Spekulation große Zurückhaltung, sodaß sich Geschäft und Umsätze wieder in engeren Grenzen bewegten. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung bei dem stillen Geschäftsgange etwas ab, aber die Kurschwankungen blieben ganz allgemein unbedeutend.

Der Kapitalmarkt bewahrte ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische Staats-Anleihen wenig verändert und ruhig. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren zumeist behauptet und ruhig; Russische Anleihen und Noten fest, Italiener schwach.

Der Privatdiskont wurde mit 1% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien in fester Haltung ruhig um. Franzosen, Bombarden, Dux-Bodenbach im Laufe des Geschäfts nachgebend; Buschthierader und Warschau-Wiener fester, schweizerische Bahnen schwach.

Inländische Eisenbahntickets seit; Marlenburg-Mlawka und ostpreußische Südbahn etwas besser und lebhafter.

Banffanien fest und ruhig; die spekulativen Devisen setzten etwas besser ein, blieben aber ruhig; Berliner Handelsgesellschafts- und Disconto-Gesellschafts-Anteile zeitweise lebhafter.

Industriepapiere still, aber zumeist fest; Montanwerthe etwas besser und thielweise wie Hibernia, Harfener und Gelsenkirchener Bergwerk lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin., 18. Febr. An der Newyorker Börse war gestern Weizen lebhaft bei um 1 C. höheren Preisen, auch die europäischen Märkte waren mit Ausnahme von Paris in fester Haltung. Hier war das Geschäft still, da Kaufordnung wenig am Markt waren. Weizen blieb fast unverändert. Gestern ist eine Ladung von 2000 Tonnen Chil.-Weizen per Segler schwimmend zu 174 Mark ctff Hamburg gekauft worden. Roggen setzte kaum behauptet ein, fand später aber bessere Beachtung, so daß die Preise sich über den gestrigen Schlussstand hoben. Hafer war auf erneute Gerichte über die Aufhebung des Ausfuhrverbots für die russischen Ölfabriken wesentlich niedriger; später wurde indeß ein Theil des Verlustes wieder eingeholt. Roggenmehl bei stillen Geschäft

etwas besser. Rübel wenig verändert bei geringen Umsätzen. In Spiritus war die Liefzufuhr so gering, daß das Lager aufgeholt wurde und zu den um 30 Pf. erhöhten Preisen Käufer am Markt blieben. Auf Termine wirkte dies ebenfalls befriedigend, und bei stillen Geschäft wurde ein ähnlicher Aufschlag erzielt.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhwelzen) p. 1000 Kg. Loko geschäftlos. Termine wenig verändert. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 200—218 Mt. nach Qualität. Lieferungszeit 205 Mt., v. diesen Mon. — M. v. April-Mai 205 bis 203,5—205 bez., per Mai-Juni 206,75—205,5—206,5 bez., per Juni-Juli 208—207—207,75 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko sehr still. Term. schließen fester. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 202—214 Mt. nach Qualität. Lieferungszeit 211 Mt., v. diesen Monat — M. v. April-Mai 215—213,5—215,25 bez., per Mai-Juni 211,75 bis 211—212 bez., v. Juni-Juli 208,75—208—209 bez., v. Juli-August 193—192,5—193,5—25 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 144—195 M. nach Qualität. Futtergerste 145—165 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko still. Term. schwankend. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 150—178 M. nach Qualität. Lieferungszeit 156 Mt. Bonn, preuß. und schles. mittel bis guter 153—163, hochfeiner 173—174 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — v. April-Mai 154,75—152,5—154—153,5 bez., v. Mai-Juni 155—153—154,25 bez., v. Juni-Juli 155,25—154—154,5—154,25 bez.

Mais per 1000 Kilo. Loko still. Termine still. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loko 134—144 Mt. nach Qualität. per diesen Monat 29,65—29,7 bez., per Februar-März —, per April-Mai 118 Mt., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August 169—177 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sac. Termine fester. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — Mt. per diesen Monat 29,65—29,7 bez., per Februar-März —, per April-Mai 29,15—29,2 bez., per Mai-Juni 28,85—28,9 bez., per Juni-Juli 28,5—28,55 bez., per Juli-August —.

Rübel p. 100 Kilo mit Fas. Behauptet. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko mit Fas. —, Loko ohne Fas. — M. per diesen Monat —, per Februar-März —, v. März-April —, per April-Mai 56 bez., v. Mai-Juni —, v. September-Oktober 55,7 M.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sac. Loko 33,50 M. — Feuchte dgl. p. loko 18,60 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Sac. Loko 33,50 M. Betroleum. (Staffmixture Standard white) p. 100 Kilo mit Fas. in Boten von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Mt. Kündigungspreis — Mt. Loko — M. v. diesen Monat — M. per Februar-März —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 65,5 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 45,7 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, v. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko — M. v. diesen Monat —, per Februar-März —, per März-April —, per April-Mai 46,1—46,4—46,8 bez., per Mai-Juni 46,1—46,4 bez., per Juni-Juli 46,6—46,8 bez., v. Juli-Aug. 46,9—47,2 bez., per Aug.-September 47—47,3 bez., per September-Oktober —.

Weizengehl Nr. 00 29,25—27,25, Nr. 0 27,00—25,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 31,25—30,00 bez. Nr. 0 1%, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sac.

Feste Umrechnung : I Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4 1/4 M. I. Rub. = 3 M. 20 Pf. I fl. südd. Wösterw. = 12 M. I fl. W. = 2 M. I fl. hell. W. I M. 70 Rf. I Franc oder I Lira oder I Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v 18. Feb.	Braunsch. 20. T.L.	105,40 bz	Schw. Hyp.-Pf. 4 1/2%	102,70 bz	Präp. -Bl. (rz 120) 4 1/2%	130,00 B.
Amsterdam. 3 8 T. 168,50 bz G.	Coin-M. Pr.-L.	31/2 135,90 bz	erb.Gld-Pfd.	5 84,00 bz G.	do. do. VI.rz 110) 5	124,50 B.
London ... 3 8 T. 20,40 bz B.	Dess. Präm.-L.	3/4 139,25 bz	do. Rente	5 77,50 bz L.	do. do. VI.rz 100) 4	68,10 bz G.
Paris ... 3 8 T. 80,95 bz	Ham. 56 T.-L.	3 135,40 B.	do. o. neue	5 79,00 bz G.	do. do. (rz 100) 3 1/2	12,50 M.
Wien ... 4 8 T. 172,45 bz	Mein. 7.Guld-L.	3/4 28,25 G.	Stockl			